

Aufhebung

Georg Fülberth

Radikale Entwürfe einer künftigen Gesellschaft, die als eine bessere gedacht wird, gehen immer wieder von der Notwendigkeit aus, das bürgerliche Eigentum aufzuheben. So erklärten schon Marx und Engels in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1847/1848: „Aufhebung des Privateigentums“ als die Voraussetzung für „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Wodurch sollte das Privateigentum ersetzt werden? Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ schien das noch klar zu sein: durch Staatseigentum. Marx und Engels haben ihre Meinung in diesem Punkt später geändert. Insbesondere Marx hat den Charakter des modernen Staates anhand seines Funktionierens in Frankreich 1848–1850 gründlich studiert und kam zu dem Ergebnis, dass er nicht nur eine technische Vorrichtung ist, die von jeder Klasse, die ihn erobert hat, zu ihren Zwecken genutzt werden darf. Er sei etwas weit Übleres: eine Repressionsmaschine, herausgebildet im kontinental-europäischen Absolutismus. Einem solchen Ungetüm sollte das Eigentum an den Produktionsmitteln übergeben werden? Und wenn nicht ihm – wem dann?

Dass Marx ins Grübeln geraten war, zeigt die von ihm verfasste „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“ (1864). Hier feierte er die Einführung des Zehnstundentages als „Sieg eines Prinzips“: Es waren der freien Verfügung der Unternehmer über ihr Eigentum (Anlagen und von ihnen gekaufte Arbeitskraft) Grenzen gesetzt worden, ohne dass sie völlig enteignet worden wären. Unter dem Druck der Chartistenbewegung war es sogar ein staatliches Organ – das Unterhaus – gewesen, das diesen Sieg der

Fortsetzung von Seite 59

Während des Forums wurde kein einziges Problem dieser riesigen und chaotischen Vororte von Belém diskutiert, obwohl sich hier „Paar“, die größte horizontale Favela Brasiliens, mit 140000 Einwohnern befindet. Nach Recife ist Belém die gewalttätigste Hauptstadt eines brasilianischen Bundesstaates. Das internationale Treffen hatte sich die Probleme des Amazonasgebietes zum Hauptthema gemacht. Es gelang jedoch nicht, mit diesem Anliegen durch die polizeiliche Barriere, die es von den beiden gefürchteten Stadtbezirken trennte, zu dringen. Umgekehrt gab es jedoch eine Bewegung der lokalen Bevölkerung in Richtung Forum, allerdings nicht um dort an den Debatten teilzunehmen, sondern um den Teilnehmern etwas zu verkaufen. Eine verständliche Annäherung, weil Belém zu den brasilianischen Städten mit den höchsten Anteilen von Arbeitslosigkeit und Schwarzarbeit gehört.

SCHATTENÖKONOMIE ÜBERWINDET MAUERN Schon in der Vorbereitungsphase des Forums erkletterten die „Nachbarn“ die Grenzmauern der beiden Universitätsgelände mit Tischen, Tellern, Essbestecken und zubereiteten Speisen; erbracht wurden gastronomische Dienstleistungen. Später, als die Sicherheitsmaßnahmen hochgeschraubt wurden, begannen sie den 2000 Freiwilligen, die für das Forum tätig waren, die Ausweise und Hemden abzuknöpfen. Die Hemden waren nämlich ein wichtiger Ausweis für die Kontrolle am Eingang des Forums. In einigen Fällen wurden sie von den Freiwilligen schon vorher verkauft, da sie Geld für den Bustransport brauchten. So geschah es immerhin, dass für die Peripherie der Amazonas-Metropole noch etwas von dem Jahresereignis abfiel, das angeblich 100000 Personen versammelte – eine Angabe, die angesichts der Tausenden Hemden, die nicht verkauft worden sind, angezweifelt wird.

Es waren also die kulinarischen Bedürfnisse einer sehr großen Zahl von Teilnehmern, die eine soziale und auch ökonomische Beziehung herstellen konnten – zwischen denen, die gekommen waren, um Solidarität mit den Marginalisierten der Globalisierung und Vertrauen in eine bessere Welt auszudrücken, und denen, die eigentlich die Materialisierung dieser Utopien werden sollten.

WIEDER HERRSCHT GEWALT UND ELEND Die brasilianische Regierung hat mit 300 Polizeibeamten und 22 Millionen Dollar (Gesamtbudget des Forums: 70 Millionen) für Sicherheit gesorgt, während die Regierung des Bundeslandes (die genauso wie die Bundesregierung von der Arbeiterpartei (PT) gestellt wird) 7000 Polizisten in Belém bereitgestellt hat, um einen Sicherheitsgürtel rings um die beiden benachbarten Bezirke zu ziehen. So sollten die Forumsteilnehmer von der Routine der täglichen 200 Verbrechen verschont werden. Tausende Bewohner wurden von den mobilen Streifen jeden Tag untersucht. Es herrschte ein Klima der Belagerung.

Dank dieser Sicherheitsvorkehrungen konnte sich die Gewalt nicht in das Ambiente der Sitzungen des Weltsozialforums einschleichen. So konnten die Teilnehmer des Mammuttreffens ohne Zeitverlust ihre Ideen und Vorschläge über den Aufbau einer besseren Welt und einer nachhaltig bewirtschafteten Amazonasregion austauschen. Die unbequeme Realität, die vor dem Treffen herrschte, herrscht nach Abschluss des Treffens erneut vor. Die Propheten, Gurus, Schüler und sonstige Assistenten des guten Willens kehren jedoch in ihre Heimat zurück, im wesentlichen mit denselben Gedanken und Bildern, die sie auch vor dem Treffen in Belém hatten.

Lúcio Flávio Pinto ist Direktor des „Jornal Pessoal“ (Persönliche Zeitung), die sich mit Korruption, Straffreiheit und den wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Ausbeutung des Amazonas auseinandersetzt. Er wurde mehrfach durch Gerichtsverfahren und körperliche Angriffe bedroht. IPS – InterPressService.

des Privateigentums

„politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“ umgesetzt hatte. Also doch eine Rehabilitation des Staates? In seiner britischen Version hatte dieser bei Marx noch ein wenig Kredit: Ebenso wie die USA und vielleicht die Niederlande sei er anders gebaut als die kontinentaleuropäischen Staaten.

Den endgültigen Trennungsstrich zum Staatssozialismus zog Marx 1871. In Auswertung der Pariser Kommune schrieb er: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“ Dieser Apparat müsse sofort zerbrochen werden. Er muss durch andere Formen der öffentlichen Gewalt ersetzt werden, als deren Merkmale Marx „imperatives Mandat“, „Abberufbarkeit der Gewählten“ und „Aufhebung der Gewaltenteilung“ nannte – Merkmale, die auch die Räte in Russland 1905 und 1917 benannten.

Dass Sowjetrussland aus Gründen, die hier nicht zu diskutieren sind, den repressiven Staatsapparat nicht zerschlagen konnte, sondern ausbaute, macht den Kern des Scheiterns dieses Experiments aus. Die Produktionsmittel blieben in den Händen einer Institution, die dafür ungeeignet war. In der Gorbatschow-Periode sprach man vom Staatseigentum als „herrenlosem Eigentum“. Richtig an dieser Behauptung ist, dass die Masse der Gesellschaftsmitglieder keine Verfügung über die Produktions-, Zirkulations- und Dienstleistungsmittel hatte. Ideologisch ist sie insofern, als sie eine andere Tatsache verdeckt: Mittlerweile waren diese Mittel de facto schon in die Hände einer Nomenklatura geraten, die sich damit einen Zugriff bei der nachfolgenden Privatisierung sicherte.

Als gravierend erwies sich auch die Verstaatlichung der Arbeitskraft. Sie war keine Ware mehr, das heißt: Sie war nicht mehr Eigentum der Arbeitenden, die sie (im Kapitalismus nach Maßgabe des Marktes) verkaufen und – innerhalb äußerst enger Grenzen, zum Beispiel bei Streiks – vorenthalten konnten. Die Hinwendung von Arbeiterinnen und Arbeitern zum Kapitalismus am Ende der Periode des Staatseigentums lässt sich als Versuch interpretieren, ihre Arbeitskraft aus Staats- in ihr Privateigentum zu verwandeln.

Paradoxerweise ist Staatseigentum in kapitalistischen Gesellschaften nützlicher als in nichtkapitalistischen. In ersteren dient es der Eindämmung marktradikalen Wirtschaftens und der Gewährleistung von Infrastruktur für alle Gesellschaftsmitglieder, nicht nur für diejenigen, die sich alles kaufen können. Im „Verein freier Menschen“ dagegen gibt es kein Staatseigentum, denn da gehört der Staat, soweit er repressives Instrument der Klassenherrschaft ist, der Vergangenheit an. An seine Stelle ist die „Assoziation“ getreten. Wie die aussehen wird – zentrale öffentliche Gewalt, Vernetzung

von Kommunen und Genossenschaften – lässt sich nicht vorab sagen. Auch die Art und Weise des Eigentums in einer solchen Gesellschaft ist nicht vorab zu bestimmen. Da sind einige Überraschungen möglich.

Absehbar ist aber, dass es wahrscheinlich auch Residualformen des Privateigentums geben wird: etwa als Subsistenz Eigentum, das vielleicht von Individuen und ihren Zusammenschlüssen von Fall zu Fall besser genutzt und entwickelt werden kann als von öffentlichen Organen (und sei es eine Wohnung, wohl aber nicht Grund und Boden). Noch schrecklicher: Vielleicht wird es im Verein freier Menschen sogar kapitalistisches Eigentum geben.

Um das zu verdeutlichen, sollte geklärt werden, was das ist: Kapitalismus. Hier ist

